

WIRTSCHAFT

Arbeit macht sesshaft

Gemeinden in Südtirols Randlagen laufen die Menschen weg. Das hängt in erster Linie mit dem unzureichenden Angebot an Arbeitsplätzen zusammen. Die neue Effizienzpolitik des Landes ist jedoch das falsche Gegenmittel.

-> Beitrag umseitig

Willi Klotz ist ein schlauer Bürgermeister. Er erkannte das Potenzial der Wasserkraft für seine Gemeinde schon vor Jahren, heute gehört Moos in Passeier zu den reichsten Gemeinden Südtirols.

Moos tut alles nur Erdenkliche, um das Leben seiner Mitbürger so angenehm wie möglich zu gestalten: Man fördert die Nahversorgung, bietet billigen Strom und Treibstoffe an, versucht, die Tarife für Müll, Wasser und andere Dienstleistungen so günstig wie möglich zu halten. Doch es nützt alles nichts.

„Wir tun uns trotzdem schwer, die Bevölkerung zu halten“, sagt Bürgermeister Klotz. Er habe gedacht, wenn man den Menschen entgegenkommt, würden sie in Moos bleiben. Aber weit gefehlt: Das Angebot, das sie in den Ballungszentren finden, kann die kleine Gemeinde im hintersten Passeier nicht bieten.

Es ist nicht das Angebot an Ausgelmöglichkeiten oder kulturellen Veranstaltungen, das die Menschen aus Moos fortlockt, sondern das Angebot an Arbeitsplätzen. In der Gemeinde gibt es 53 Arbeitsplätze je 100 Arbeitnehmer, jeder zweite muss sich also talauswärts nach einem Job umsehen. Nicht wenige von diesen sogenannten Auspendlern sagen dem Heimatdorf adieu und siedeln sich dort an, wo sie arbeiten.

Moos ist nicht die einzige Gemeinde, die mit dem Problem konfrontiert ist: In 28 der 116 Gemeinden Südtirols schrumpfte die Bevölkerung zwischen 2009 und 2013. Die meisten dieser Gemeinden befinden sich in Randlagen.

Es ist weniger die Abgelegenheit, die die Menschen fortreibt, sondern das fehlende Angebot an Arbeitsplätzen. Sie finden keine Arbeit in der näheren Umgebung und müssen weit fahren, um einer Beschäftigung nachgehen zu können. Das nimmt nicht jeder auf sich, viele verlegen den Wohnort an den Arbeitsort.

Dazu kommt die neue Effizienzpolitik des Landes: In der Peripherie werden Dienste abgebaut (etwa Geburtenabteilungen, Außenstellen des Landesgerichts), in den Ballungszentren wird investiert (Technologiepark, Bibliothekszentrum). Das entzieht den ohnehin schwächelnden Randlagen weitere Arbeitsplätze, die Abwanderung dürfte dadurch verstärkt werden.

Das Phänomen ist nicht neu: Es gab in der Vergangenheit mehrere Studien, die sich mit den strukturschwachen Gemeinden befassten. Neu ist aber der Ansatz des Arbeitsförderungsinstitutes (Afi), dass die Abwanderung hauptsächlich mit dem unzureichenden Angebot an Arbeitsplätzen zusammenhängt. „Genügend Arbeitsplätze in einer auspendelbaren Entfernung sind entscheidend, will man der Abwanderung aus Südtirols Randgemeinden entgegenreten“, sagt Afi-Direktor Stefan Perini.

Bis zu 45 Minuten Fahrzeit gelten allgemein als auspendelbare Entfernung. Wer länger zu seinem Arbeitsplatz fahren muss, wechselt wahrscheinlich früher oder später den Wohnort. Eine Umfrage des Afi ergab, dass für die Hälfte der Arbeitnehmer die Schmerzgrenze bei 30 Minuten liegt. Mehr als 45 Minuten nimmt nur einer von drei in Kauf, mehr als 60 Minuten nur einer von vierzehn.

Nimmt man einzelne Gemeinden unter die Lupe, bieten vor allem die Städte und Ballungszentren wesentlich mehr Arbeitsplätze, als dort Arbeitnehmer ansässig sind: Bruneck, Sterzing, Bozen, Neumarkt, Schlanders, Brixen, Corvara, Innichen und Meran.

Ganz im Gegensatz dazu gibt es Gemeinden mit einem starken Unterangebot an Arbeitsplätzen. In sieben Gemeinden entfallen auf 100 arbeitsfähige Personen weniger als 33 Arbeitsplätze: Mühlwald, Prettau, Altrei, Mölten, Pro-

veys, Taufers im Münstertal und Kuens. Bieten diese Gemeinden aber erstens eine hohe Lebensqualität, und lässt sich zweitens in einem angemessenen Radius ein Job finden, bestehe laut Afi kein unmittelbarer Grund zur Sorge.

Um zu sehen, wo es tatsächlich zu wenig Arbeitsplätze gibt, muss man das Land in größere Einheiten unterteilen. Afi-Direktor Perini spricht von funktionalen Kleinregionen. In deren Mittelpunkt steht ein Zentrum, das die Pendler der umliegenden Gemeinden anzieht.

Südtirol hat fünfzehn funktionale Kleinregionen. Finden die Menschen innerhalb dieser Kleinregionen Arbeit, bleiben sie meist in ihrem Heimatort. Tun sie das nicht, wandern sie oft ab.

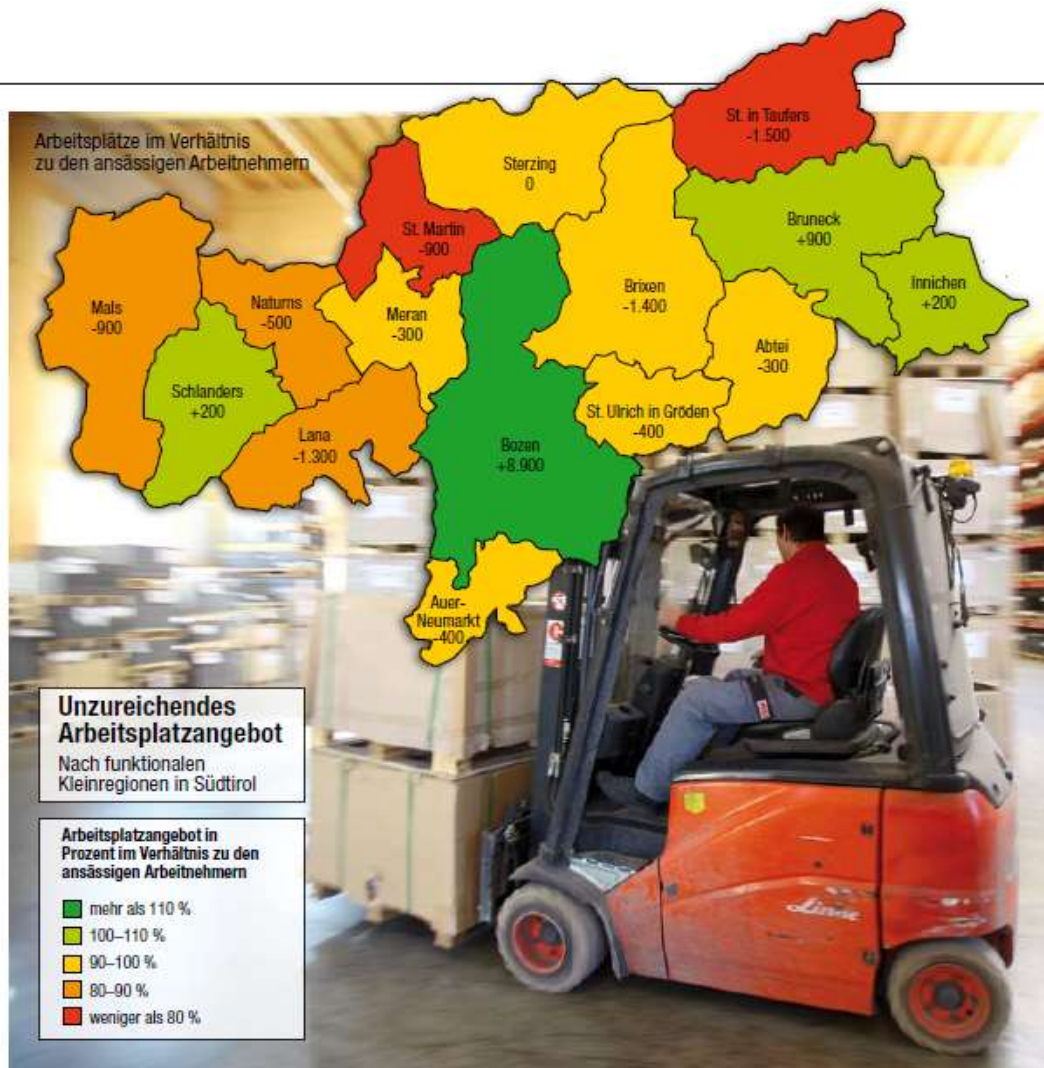
Besonders gefährdet sind in Südtirol zwei Kleinregionen (siehe Grafik): das Passeiertal und das Tauferer Ahrntal. Beide Kleinregionen bieten jeweils nur 69 Arbeitsplätze auf je 100 Arbeitnehmer. Das ist der tiefste Wert der Kleinregionen.

Prekär ist die Lage auch in den Kleinregionen Mals, Naturns und Lana, wo weniger als 90 Arbeitsplätze auf je 100 Arbeitnehmer angeboten werden.

Gut stehen dagegen die Kleinregionen Bozen, Bruneck, Innichen und Schlanders da, in denen mehr Jobangebote als ansässige Arbeitnehmer vorhanden sind.

Die Auswirkungen des ungleichen Jobangebots sind bereits heute sichtbar: Während die Bevölkerung in den Ballungszentren ansteigt, laufen den Gemeinden in den Randlagen die Menschen weg. Schnals und Laurein verzeichneten zwischen 2009 und 2013 -5 Prozent, in Stills waren es -4 Prozent, in Moos -3 Prozent, in Proveis, Taufers im Münstertal, Prettau und Altrei -2 Prozent.

Der Landespolitik ist die missliche Lage der Randgebiete längst bewusst. Die Ära Durnwalder war geprägt von der Aufrechterhaltung des natürlichen Gleichgewichts zwischen Stadt und Land. Man



baute Kulturhäuser und Sportplätze bis in die hintersten Weiler, förderte alles ein bisschen (Gießkannenprinzip), mit der Pro-Kopf-Quote in der Gemeindefinanzierung streute man die öffentlichen Geldmittel so breit wie möglich.

Freilich: Die wirtschaftspolitische Schubkraft war dadurch nicht die größte. Aber man erreichte den Fortbestand der Randgebiete. Die Menschen blieben auf ihren Höfen und in ihren Heimatdörfern, auch wenn sie nicht am Nabel

der Welt liegen. Es gab ein Gleichgewicht zwischen Stadt und Land.

Jetzt stellt Landeshauptmann Arno Kompatscher die Weichen in der Wirtschaftspolitik neu. Dadurch, schreibt Afidirektor Stefan Perini in der politischen Jahresschrift *Politika*, werde „dieses sich über Jahre eingependelte Gleichgewicht gleich mehrfach zerrüttet“.

Kompatschers neue Politik sei volkswirtschaftlich vor dem Hintergrund der Produktivitätssteigerung durchaus nach-

vollziehbar. Allerdings begünstige der eingeschlagene Kurs tendenziell größere Betriebe, die Ballungszentren und hochtechnologische Sektoren. Auf der Strecke blieben die kleinen Unternehmen, die Randgebiete und die traditionellen Sektoren wie etwa das Handwerk.

Dazu kommt, dass die öffentliche Hand in der Peripherie Arbeitsplätze abbaut: Die Außenstellen des Landesgerichts etwa wurden geschlossen, Abteilungen der peripheren Krankenhäuser

sollen zugemacht werden. Große Investitionen werden in den Städten gemacht, in Bozen baut man einen Technologiepark und ein Bibliothekszentrum, auch der Bahnhof soll modernisiert werden.

Auf dem Land gibt es auf mittlere Sicht kein größeres Bauprogramm, das meiste an Feuerwehrrhallen und Seniorenheimen wurde in der Vergangenheit bereits errichtet. Auch der Handel entwickelt sich weg von den Randgebieten und hin zu großen Einkaufszentren in den Ballungsgebieten. Der Landeshauptmann lässt zwar kleine Tante-Emma-Läden auf dem Lande finanziell fördern. Ob das aber reichen wird?

Und das neue Finanzierungsmodell der Gemeinden durch das Land ist überholt, bevor es richtig gestartet ist. Das weiß auch Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes. Er sagt, man überarbeite derzeit das Modell. Es soll strukturell benachteiligte Gemeinden begünstigen.

Abgelegene Gemeinden, sagt Schatzer, werden es trotz öffentlicher Mittel schwer haben, Arbeitsplätze zu schaffen. Schatzer ist Bürgermeister der Gemeinde Vahrn, dort gibt es 108 Arbeitsplätze auf je 100 Arbeitnehmer. Dennoch sei es schwer, in abgelegenen Weilern wie Schalders oder Spiluck Arbeitsplätze zu schaffen. Welcher Arbeitgeber soll Interesse haben, dort eine Arbeitsstätte zu errichten?

Man habe es schon als Durchschnittsgemeinde schwer, für ein gutes Angebot an Arbeitsplätzen zu sorgen. Das beste Instrument hierfür seien die Gewerbegebiete. Wer günstig gelegene Gewerbegebiete zügig ausweist, der habe gute Karten. „Oft blockieren aber bürokratische Hürden eine Ausweisung“, sagt Andreas Schatzer, „die Betriebe siedeln sich dann anderswo an.“ Und mit ihnen auch die Arbeitskräfte.

Arbeit macht sesshaft. Wer keine Arbeit in seiner unmittelbaren Umgebung finden kann, zieht dorthin, wo es Jobs gibt. Bisher gab es ein relativ gutes Gleichgewicht zwischen den Zentren und der Peripherie. Dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wird eine der zentralen Herausforderungen der Regierung Kompatscher in den nächsten Jahren sein. ■

Karl Hinterwaldner